



## INHALT

Die Gemeinschaftsschule macht sich auf den Weg	3
Gleiche Bildungschancen für alle!	4
Neue Ära der Schulkultur	5
Kämpfer gegen Ausgrenzung	6
Eine Interessenvertretung, die etwas bewirken kann	7
Kooperationskultur statt Kooperationsverbot	8

## Bildung im Aufbruch

**Mit dem in diesen Tagen beginnenden neuen Schuljahr wird deutlich: Es hat sich etwas verändert in Baden-Württemberg. Die ersten 42 Gemeinschaftsschulen öffnen ihre Türen für die Schülerinnen und Schüler.**

In dieser neuen Schule steht die individuelle Förderung unserer Kinder bei längerem gemeinsamem Lernen im Mittelpunkt. Nicht die Kinder sollen sich der Schule anpassen, sondern die Schule muss den Kindern angepasst werden. Leistungsprinzip und Chancengerechtigkeit zusammen zu bringen, in einer vielfältigen Klassengemeinschaft von- und miteinander lernen und dabei das individuelle Bildungsziel erfolgreich zu erreichen, dafür steht die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg.

### Wir lassen keine/n zurück

Wir haben in unserem ersten Regierungsjahr Schluss gemacht mit dem gefährlichen Stillstand der CDU-geführten Vorgängerregierungen in der Bildungspolitik. In der Vergangenheit war das Bildungswesen in Baden-Württemberg geprägt von veralteten Strukturen, das zu viele Kinder und Jugendliche als Verliererinnen und Verlierer zurück ließ. Durch das dreigliedrige Schulsystem war kaum Durchlässigkeit geboten, die soziale Herkunft entschied oftmals über Bildungserfolg und den jeweiligen Abschluss.

Veränderung und das Aufbrechen alter Strukturen war und ist also geboten. Wir Grüne lassen keine/n zurück! Für uns Grüne steht dabei die gesamte Bildungsbiographie im Blickpunkt. Beginnend für

die Kleinsten, haben wir durch den Pakt mit den Kommunen dafür gesorgt, dass Städten, Kreisen und Gemeinden mehr Geld – 444 Millionen Euro statt 129 Millionen Euro alleine 2012 – für die Betreuung der unter 3-Jährigen zur Verfügung steht. Unser Bildungsaufbruch beginnt also bereits in den Kindertagesstätten unseres Landes.

Die verbindliche Grundschulempfehlung haben wir abgeschafft. Das bedeutet, dass anstelle des Notendrucks am Ende der Grundschulzeit Gespräche zwischen Lehrern, Eltern und Kindern über den weiteren Bildungsweg treten, an deren Ende die Eltern entscheiden können, welchen Weg sie für richtig halten.

Für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem wollen wir außerdem durch

## Klimaschutz mit Messer und Gabel

Mitte Juli 2012 hat der Landesverband gemeinsam mit der Grünen Jugend Baden-Württemberg eine neue Kampagne gestartet. „Klimaschutz mit Messer und Gabel“ ruft Menschen und Institutionen zu einem fleischfreien Tag in der Woche auf. Mit dieser „Veggie-day-Kampagne“ wollen wir zum Nachdenken über die Folgen der industriellen Tierhaltung und unserer damit verbundenen Ernährungsgewohnheiten anregen. Alleine in Deutschland verspeist jeder Mensch in seinem Leben im Schnitt 1094 Tiere!

Welche schädlichen Konsequenzen die globale Massentierhaltung hat, nehmen wir im Rahmen der Kampagne genau unter die Lupe. Auf der Hand liegt das unsägliche Tierleiden verbunden mit Krankheiten durch nicht artgerechte Haltung und übermäßige Antibiotika-Verfütterung. Was allerdings vielen Menschen nicht bewusst ist: Die globale Massentierhaltung belastet das Klima um 40 Prozent mehr als der gesamte weltweite Verkehrssektor zusammen!

Außerdem hat die industrielle „Fleischherstellung“ für die globale Ernährungsgerechtigkeit Folgen: Schon heute wandern 30 Prozent der Weltgetreideernte in die Futtertröge, während 925 Millionen Menschen weltweit hungern.

Wir freuen uns darüber, wenn Ihr die Kampagne vor Ort mit Infoständen, Veranstaltungen und Anträgen auf kommunaler Ebene unterstützt! Weitere Informationen findet Ihr unter [www.gruene-bw.de/veggieday](http://www.gruene-bw.de/veggieday). Bei Fragen könnt Ihr Euch an die Landesgeschäftsstelle wenden.



Fortsetzung von Seite 1



Chancengerechtigkeit für alle

zusätzliche Ganztagschulen und dem damit verbundenen Einklang von Bildung, Betreuung und Erziehung sorgen. Der Wiedereinstieg des Landes in die Finanzierung der Schulsozialarbeit ermöglicht den Kommunen darüber hinaus, einen wichtigen Pfeiler der schulpädagogischen Arbeit endlich weiter auszubauen. Entscheidend ist, dass die Leistung und nicht die Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet. Das gilt im Übrigen auch für das Studium: Zum vergangenen Sommersemester haben wir die sozial ungerechten Studiengebühren in Baden-Württemberg wieder abgeschafft.

### Herausforderungen

Wir haben in Baden-Württemberg mit dem eingeschlagenen Weg schon viel in Bewegung gesetzt. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule, die von der jeweiligen Schulgemeinschaft und Schulträgern vor Ort auf den Weg gebracht werden, wird der Bildungsaufbruch jetzt sichtbar. Nun gilt es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit dieser Weg erfolgreich fortgeführt werden kann. Dazu gehört ganz zentral eine gute regionale Schulentwicklungsplanung – denn nur so können Schulstandorte auf eine vernünftige Art

und Weise erhalten und auch gebündelt werden. Die CDU-geführten Vorgängerregierungen haben auch hier eine große Lücke hinterlassen. Darüber hinaus muss es uns gelingen, den Spagat zwischen erfolgreichem Bildungsaufbruch und dringend nötiger Haushaltskonsolidierung zu meistern.

Wir werden diesen Prozess als Grüne Partei intensiv begleiten. Neben einer Info-Kampagne zum Schuljahresbeginn zur Gemeinschaftsschule, werden wir uns im Oktober bei einem großen Bildungsratschlag mit den wesentlichen Fragen der Schulpolitik auseinandersetzen. Dabei wollen wir beraten, wie es mit dem Bildungsaufbruch weiter geht und wie der Weg zum Abitur neu gestaltet werden kann. Außerdem werden wir über die notwendige regionale Schulentwicklungsplanung sprechen. Dazu laden wir Euch alle zum Mitdiskutieren ein.



von Thekla Walker  
und Chris Kühn,  
Landesvorsitzende

# Die Gemeinschaftsschule macht sich auf den Weg

## Individuelle Förderkonzepte sichern Chancengleichheit aller

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule hat nun auch Baden-Württemberg endlich eine Schule für Alle. Eine Schule, die nicht selektiert, sondern an der alle Schülerinnen und Schüler willkommen sind. Damit wird eine langjährige, zentrale bildungspolitische Forderung der Grünen umgesetzt.

Im kommenden Schuljahr gehen die ersten Gemeinschaftsschulen an den Start. Diese Starterschulen haben bereits in den vergangenen Jahren die Ideen und das Konzept der Gemeinschaftsschule gefördert. Nun gilt es, dieses Konzept allen Schularten als Antwort auf die Veränderungen in der Schullandschaft anzubieten.

### Gemeinschaftsschule sichert Standortperspektiven

Mit dem Zusammenschluss von Schulen zu Gemeinschaftsschulen sichern sich Schulstandorte mit sinkenden Schülerzahlen die Perspektive, auch in Zukunft ein breites Bildungsangebot regional vorhalten zu können. Dabei sehen wir den Ausgangspunkt dieser Entwicklungen zunächst vor allem an den Realschulen. Diese verfügen bereits jetzt über eine große Heterogenität in der Schülerschaft. Die Gemeinschaftsschule bietet ihnen die große Chance, auf die Belange ihrer Schü-

lerinnen und Schüler einzugehen. Wichtig wird es sein, diese Schulen auf ihrem Weg zur Gemeinschaftsschule konzeptionell und didaktisch zu begleiten.

### Kein Kind darf zurückbleiben

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass die Akzeptanz der Eltern gegenüber den Haupt- und Werkrealschulen stetig abnimmt. Damit erreichen diese nicht mehr die notwendigen Schülerzahlen. Diese Veränderungen dürfen aber nicht dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler an ihrer Schule nicht mehr die Bildungsangebote vorfinden, mit denen sie ihren bestmöglichen Abschluss erreichen können. Denn kein Kind darf bei all den Veränderungen zurückbleiben! Ganz im Gegenteil: die jetzige Situation, dass die soziale Herkunft eine große Rolle bei den möglichen Bildungsabschlüssen spielt, können und wollen wir uns auf Dauer nicht leisten. Allen Kindern und Jugendlichen muss es möglich sein, ihre Schullaufbahn entsprechend ihren Fähigkeiten zu gestalten. Diese Möglichkeit bietet die Gemeinschaftsschule. Durch eine individuelle Förderung in Kombination mit selbstverantwortlichem Lernen wird kein Kind in seinen Möglichkeiten gebremst und kein Kind bleibt mit seinen Schwächen zurück. Dabei verändert sich die Rolle des Lehrers, der künftig eine noch stär-

kere pädagogische als fachliche Rolle ausfüllen muss.

### Qualität kommt vor Quantität

Es müssen viele Bausteine zusammenpassen, damit in den kommenden Jahren ein stimmiges und stabiles Angebot in der Bildungslandschaft entsteht. Dafür wird Zeit benötigt. Zu lange wurde es in Baden-Württemberg versäumt, auf die Veränderungen zu reagieren. Für viele kommen diese neuen Möglichkeiten damit zu spät. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Entscheidungen überhastet getroffen werden. Es kann bei der Einführung einer Gemeinschaftsschule in einer Kommune nicht nur um den Standorterhalt geht. Wir wollen, dass Qualität vor Quantität kommt! In den nächsten zwei Jahren geht es um eine bedarfsgerechte regionale Planung der Schullandschaft. Es geht um die Frage, welche Schulen dauerhaft in der Lage sind, ein breites Bildungsangebot vorzuhalten. Die Fraktion Grüne im Landtag wird sich dabei für das Gelingen der Gemeinschaftsschulen im Land aktiv einsetzen.



Sandra Boser (MdL) ist bildungspolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion



Wir setzen uns für individuelle Förderung ein

## KURZ & GRÜN

### Grüne Energie-Wende für Baden-Württemberg

Jahrestagung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

Was muss getan werden, damit eine nachhaltige Energieversorgung Realität wird? Welche Akteurinnen und Akteure braucht es? Welche Chancen und welche Schwierigkeiten sind mit der Energiewende verbunden und was bedeutet sie insbesondere für den Naturschutz? Darüber wird auf der Jahrestagung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg diskutiert.

**Sa, 27. Oktober, 10:00–17:00 Uhr**  
**Reuchlinhaus, Pforzheim**

(Jahnstraße 42)  
Gebühr: 20 Euro, erm. 10 Euro,  
(inkl. Verpflegung)

#### Rahmenbedingungen für die Energiewende

Welches sind die zentralen Säulen der Energiewende und wie kann sie in Baden-Württemberg gelingen?  
Franz Untersteller MdL, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Gespräch mit Werner Eckert, Redaktionsleiter Umwelt und Ernährung, SWR

#### Energiewende im Land gemeinsam gestalten

Was bedeutet die Umsetzung für Energieerzeuger, Industrie, Kommunen und Verbraucherinnen und Verbraucher?  
Podiumsdiskussion mit Gästen aus Wirtschaft, Politik und Verbraucherschutz

#### Energiewende contra Naturschutz?

Wie können Konflikte zwischen Energiewende und Naturschutz minimiert werden? Kann Bürgerbeteiligung die Akzeptanz für die Energiewende erhöhen?  
Podiumsdiskussion mit Gästen aus Umweltverbänden und Politik

#### Info und Anmeldung:

Heinrich Böll Stiftung  
Baden-Württemberg e.V.  
Tel. 0711 2633 94-10, Fax - 19,  
info@boell-bw.de, www.boell-bw.de

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**  
Baden-Württemberg

# Gemeinschaftsschule – Gleiche Bildungschancen für alle!

## Grüne Jugend fordert zügigere flächendeckende Einführung

**Ein sozial gerechtes Schulsystem steht für die Grüne Jugend Baden-Württemberg im Fokus der Bildungspolitik. Schließlich werden hier bedeutende Weichen für die Entwicklung aller gestellt. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es nötig, allen Menschen den gleichen Zugang zu Bildung zu gewähren.**

Schwarz-Gelb hat dagegen mit ihren bildungspolitischen Fehlern der vergangenen Jahrzehnte dafür gesorgt, dass ein baden-württembergisches Akademikerkind heute eine 6,6 Mal so große Chance auf einen Gymnasiumbesuch hat wie ein Arbeiterkind – bei gleicher Intelligenz und gleichem Lernvermögen. Dieses Problem ist in keinem Land derart ausgeprägt wie im Südwesten. Das vielgliedrige Schulsystem stellt Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten frühzeitig ins Abseits und raubt deren Zukunftschancen.

### Bildungserfolg von sozialer Herkunft entkoppeln

Mit der Gemeinschaftsschule möchte die grün-rote Landesregierung jetzt die Ungerechtigkeit im System beenden und den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln. In der Gemeinschaftsschule sind alle Kinder und Jugendlichen willkommen, was für ein vollkommen anderes Klima sorgt und jede/n zum Lernen einlädt. Wir müssen uns endlich vom Irrtum verabschieden, dass mit drei Schuleinheiten sämtliche Lernunterschiede abgedeckt werden können. Stattdessen müssen wir auf eine Schule bauen, die unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder der Herkunft den SchülerInnen eine echte Chance bietet. Auf diesem Weg können alle miteinander, voneinander und füreinander lernen. Das Individuum steht in der Gemeinschaftsschule im Mittelpunkt. Hier werden alle ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend ihrem Können gefordert bzw. gefördert. Folglich können sowohl die Leistungsschwächeren als auch die Leistungsstärkeren voneinander profitieren: die Einen erfahren Unter-

stützung von Gleichaltrigen, die Anderen lernen Wissen zu vermitteln und festigen das Gelernte.

### Gemeinschaftsschule flächendeckend umsetzen

Nicht nur aufgrund dieser Argumente muss die Gemeinschaftsschule jetzt schleunigst flächendeckend umgesetzt werden, so dass individuelle Förderung in den Mittelpunkt des Schulbetriebs rücken kann und im ganzen Land Chancengerechtigkeit herrscht. Damit dies gelingt, ist es notwendig, dass die Landesregierung eine Steuerungsfunktion in Sachen „Gemeinschaftsschule“ übernimmt. Hier lediglich auf das Interesse und die Aktivitäten der Schulen vor Ort zu setzen, ist zu wenig. Darüber hinaus ist es wichtig, die Schülerinnen und Schüler aktiv beim Einführungsprozess und danach zu beteiligen. Schließlich muss eine Schule für alle auch von allen gestaltet werden.



Marcel Emmerich, 21,  
ist Sprecher der  
Grünen Jugend  
Baden-Württemberg



# Neue Ära der Schulkultur

## SchulleiterInnen im Gespräch

Im September geht es los, die neuen Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg öffnen ihre Türen und beginnen damit eine neue Ära der Schulkultur. GRÜNE BLÄTTER-Redakteurin Christina Schindler hat mit Cornelia Theune, Leiterin des Schulverbundes der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen und mit Mathias Kessler, Schulleiter der Grund- und Werkrealschule Bad Urach, die beide zum September als Gemeinschaftsschulen starten, über die neue Schulart gesprochen.

**Grüne Blätter:** Welchen Vorteil sehen Sie in der Gemeinschaftsschule?

**Mathias Kessler:** Die Gemeinschaftsschule hat als Prinzip, was allen Schulen grundlegend sein sollte, die individuelle und nachhaltige Lern-, Bildungs-, und Lebensbegleitung von Kindern und Jugendlichen sowie das längere gemeinsame Lernen und das gemeinschaftliche Lernen und schafft somit Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten für alle. Als Schule, die konsequent vom Einzelnen und der Gemeinschaft her denkt, stellt sie ein auch für die Gesellschaft zukunftsnotwendiges Modell dar, wenn es darum geht, einerseits indi-

viduelle Stärken aller zu befördern, andererseits die Gemeinschaftsfähigkeit und Solidarität der Bürgerinnen und Bürger weiterzuentwickeln.

**Grüne Blätter:** Ist die Aufteilung in Haupt-, Realschule und Gymnasium Vergangenheit?

**Cornelia Theune:** Die Gymnasien in den Städten werden von den Eltern weiterhin gewählt werden (in Tübingen und anderen Unistädten gibt es eine Übergangsquote von ca. 65%). Viele Realschulen diskutieren intensiv, ob die Gemeinschaftsschule für sie ein Zukunftsmodell ist, bei den Haupt- und Werkrealschulen ist es differenzierter: einerseits gehen die Anmeldezahlen immer weiter zurück und gefährden den Bestand, andererseits können nur Schulen mit hinreichenden Schülerzahlen differenzierte Angebote machen. Meiner Meinung nach wird es aber wie in anderen Bundesländern auch weiterhin Gymnasien, Real- oder Sonderschulen geben. Und das Netz der beruflichen Schulen mit der dualen Ausbildung, Fachhochschul-Abschlüssen und beruflichen Gymnasien ist ein Plus, das vielen Jugendlichen eine individuelle Bildungsbiographie ermöglicht.

**Mathias Kessler:** Wenn an allen Schulen in Baden-Württemberg individuell gefördert wird und kooperativ gelernt wird, ist Schule nicht mehr für die Vermittlung eines bestimmten Bildungsabschlusses zuständig, sondern für die individuellen Lernwege und Ziele von einzelnen Kindern und Jugendlichen.

**Grüne Blätter:** Profitieren Kinder mit Migrationshintergrund von der Gemeinschaftsschule?

**Mathias Kessler:** Grundsätzlich profitieren alle Kinder von der Gemeinschaftsschule. In der Gemeinschaftsschule geht es bewusst nicht um die Festlegung auf einen Hintergrund der einzelnen, sondern um das individuelle Potential. Dabei ist ein Migrationshintergrund genauso relevant wie Geschlecht, Alter, Religion, Motivation, Potentiale und Perspektiven eines jeden.

**Cornelia Theune:** Die Integration wird stark von der Elternarbeit abhängen, denn nach meiner Erfahrung sind die Voraussetzungen bei den MigrantInnen sehr verschieden. Die neue Schulart kann punkten durch eine individuelle Förderung und ein anregendes Ganztagesprogramm. Integration hängt auch von positiven Vorbildern ab, daher sollten vermehrt LehrerInnen aus Zuwandererfamilien eingestellt werden. Und erfolgreiche Erwachsene mit Migrationshintergrund sollten als Jugendbegleiter oder für die Berufsberatung gewonnen werden.

**Grüne Blätter:** Wie sehen Sie den Start der neuen Gemeinschaftsschulen?

**Cornelia Theune:** Die Gemeinschaftsschulen starten mit hohen Erwartungen: Individuelle Bildungswege, verbesserte Leistungen, Chancengleichheit, Integration, Inklusion, soziale Gerechtigkeit. Es wäre mir wohler, wenn die Versprechungen weniger hochfliegend wären, damit die Schulen in Ruhe ausprobieren können, wie sie die neuen Herausforderungen meistern können.



Hier entsteht eine Gemeinschaftsschule: Grund- und Werkrealschule Bad Urach



Cornelia Theune ist Leiterin des Schulverbundes der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen



Mathias Kessler ist Schulleiter der Grund- und Werkrealschule Bad Urach

# Kämpfer gegen Ausgrenzung

Portrait über Thomas Poreski, MdL

Wenn ein selbstgebautes Klapprad vor dem Landtag steht, dann weiß jeder: Thomas Poreski, sozialpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion, ist im Haus. Dieses Fahrrad, mit dem auch locker Mountainbike-Touren unternommen werden können, hat der Reutlinger Tüftler erfunden. Es begleitet ihn auf Schritt und Tritt.

Dinge erfinden oder deren Nutzen zu verbessern, das ist Poreskis große Leidenschaft. Diese Begeisterung legt er nicht nur als Aufsichtsrat einer Genossenschaft für erneuerbare Energien an den Tag, sondern auch, wenn er vom Thema Inklusion spricht, also der vollen gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

## Inklusion als Herzensangelegenheit

Spätestens seit seinem Zivildienst in einer Schule für geistig Behinderte ist ihm dies eine Herzensangelegenheit. Ganz konkret heißt das, die Gesellschaft so zu verändern, dass Menschen mit Behinderung in ihr als gleichberechtigte Mitglieder leben können. Dafür streitet Thomas Poreski im Landtag und bringt dabei viele Erfahrungen mit.

Nach seinem Abschluss als Diplom-Sozialarbeiter und Pädagoge arbeitete Thomas Poreski als Streetworker mit Jugendlichen, entwickelte als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag das Grüne Konzept der Kindergrundsicherung und war später Bundesgeschäftsführer der evangelischen Obdachlosenhilfe. Bevor er im Wahlkreis Reutlingen ein Landtagsmandat errang, konnte er als Geschäftsführer in Mariaberg, einer großen Einrichtung der Behindertenhilfe auf der schwäbischen Alb, Pionierarbeit für Inklusion leisten. Besonders wichtig war ihm dabei der Umbau der Einrichtung für Menschen mit Behinderungen zu einem inklusiven Stadtviertel.

## Grundlegender gesellschaftlicher Wandel nötig

Seine nächsten Ziele: Die gesetzliche Verankerung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen, ein richtungsweisender Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg, ein zeitgemäßes Landesbehindertengleichstellungsgesetz und nicht zuletzt eine inklusive Schulreform. Alle Schulen sollen dabei so ausgerichtet werden, dass es für jedes Kind mit Behinderung eine Regelschule in dessen Nähe gibt. Damit wird die UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg endlich ein Stück mehr Realität. Thomas Poreski weiß aber auch, dass Inklusion nicht von oben verordnet werden kann, sondern eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels bedarf. Vielfalt muss als Bereicherung und nicht als Belastung verstanden werden. Aus diesem Geist wächst sowohl die Gemeinschaftsschule als auch die Inklusion.



Thomas Poreski, Jahrgang 1963, lebt mit seiner Familie mit zwei Kindern in Reutlingen. Er ist seit 2011 Mitglied des baden-württembergischen Landtags. Er ist sozialpolitischer Sprecher der Grünen Fraktion und außerdem zuständig für die Themen behinderte Menschen und Inklusion, Jugend, Kinder und Familie sowie bürgerschaftliches Engagement.

# Eine Interessenvertretung

Interview mit Theresia Bauer, Ministerin



Erstmals seit 1977 gibt es in Baden-Württemberg wieder eine Verfasste Studierendenschaft. Ben, welche konkreten Verbesserungen seht Ihr für Studierende?

**Ben Seel:** Mit der Verfassten Studierendenschaft bekommen die Studierenden wieder eine Interessenvertretung, die tatsächlich etwas bewirken kann. Dazu bedeutet die Finanzhoheit das Ende der vollständigen Abhängigkeit von den Rektoren.

Theresia, bei der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft handelte es sich um das erste internetgestützte Gesetzgebungsverfahren in Baden-Württemberg. Wie lief das genau ab?

**Theresia Bauer:** Auf der Webseite [www.wir-wollen-deinen-kopf.de](http://www.wir-wollen-deinen-kopf.de) haben wir im Frühjahr 2012 die erste Online-Beteiligung zu einem Gesetzgebungsverfahren der Landesregierung durchgeführt. Jede/r war eingeladen, sich eine Meinung über studentische Mitbestimmung zu bilden, sich einzumischen und den Gesetzentwurf zu kommentieren. In den rund fünf Wochen, in denen die Foren geöffnet waren, haben über 48.000 Personen die Webseite besucht. 508 Beiträge wurden verfasst und 4.400 Bewertungen anderer State-

# Maßnahme, die etwas bewirken kann

für Wissenschaft, Forschung und Kunst und Ben Seel, Campusgrün

ments abgegeben. Über 20 substantielle Veränderungen sind in das Gesetz letztlich eingeflossen.

**Ben, am ersten Gesetzentwurf der grünen Landesregierung hattet Ihr aber noch einiges auszusetzen. Wurden Eure Änderungswünsche berücksichtigt?**

**Ben:** Teilweise schon. Zuerst einmal hat sich das Ministerium tatsächlich viel Mühe gegeben, auf die Studierenden und RektorInnen zu hören. Neben der Onlineplattform gab es Gesprächsrunden und eine Anhörung im Landtag. An den ersten Entwürfen war aber aus studentischer Sicht noch einiges zu bemängeln. Die Möglichkeit der offenen Kritik sorgte für deutliche Verbesserungen.

So konnten wir etwa ein Gastrecht für die Studierendenschaft in den Unigremien erreichen. Das vermeidet die vollständige Trennung von akademischer und studentischer Selbstverwaltung.

**Theresia, viele Aufgaben, die in anderen Bundesländern die Verfasste Studierendenschaft wahrnimmt, hat in Baden-Württemberg bisher das Studentenwerk übernommen. Was wurde getan, um Doppelstrukturen zu vermeiden?**

**Theresia:** Doppelstrukturen würden bedeuten, dass die Studierenden mehrfach für dieselbe Aufgabenwahrnehmung Pflichtbeiträge zahlen müssten. Ich denke, wir haben an dieser Stelle eine gute Regelung gefunden. Die Verfasste Studierendenschaft muss ein Einvernehmen mit dem Studentenwerk herstellen, wenn sie dauerhaft Angebote unterbreiten will, die bereits in identischer Form vom Studentenwerk angeboten werden.

**Ben, wie stellt sich das aus Sicht der Studierendenschaft dar?**

**Ben:** Dieses Argument der Doppelstrukturen wird aus meiner Sicht teilweise zweckentfremdet. Vielfach sind Zusatzangebote für Studierende richtig und wichtig. Ein Beispiel: Beim Bafög ist eine unabhängige Beratung von Studierendenseite unerlässlich. Leider schafft die gesetzliche Regelung hier viel Unsicherheit. Es muss jedes

Mal geprüft werden, wie „identisch“ die Angebote sind. Besser wäre, der Verfassten Studierendenschaft gleiche Rechte bei der Entscheidung zu geben, was sinnvolle Angebote sind.

**Theresia, sind weitere Schritte von Seiten der Landesregierung in Bezug auf Mitwirkungsmöglichkeiten für die Zukunft geplant?**

**Theresia:** Ja. Unsere Leitideen für die Reform des Landeshochschulgesetzes sind mehr Selbständigkeit, mehr Transparenz und mehr Beteiligung, aber auch die Öffnung der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft. Das Ziel ist eine stärkere Selbstorganisation, mehr Partizipationsmöglichkeiten und ein neues Hochschulbild.



Ben Seel, 23, studiert in Heidelberg Geschichte und Politik. Seit 2010 Mitglied in der Grünen Hochschulgruppe, ist er seit Herbst 2011 Beauftragter des Landesvorstandes von Campusgrün für die Verfasste Studentenschaft.



Theresia Bauer ist seit 12. Mai 2011 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Sie war zuvor hochschulpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag. Die Wiedereinführung der VS bedeutet nach der Abschaffung der Studiengebühren einen weiteren Schritt zu einem demokratisch verfassten und sozial gerechteren Hochschulsystem in Baden-Württemberg.



EUROPÄISCHER RATSCHLAG  
**WEGE AUS  
DER KRISE ...**

**SAMSTAG 11:00–17:30 UHR  
27. OKTOBER  
IM HAUS DER WIRTSCHAFT,  
STUTTGART  
WILLI-BLEICHER-STRASSE 19**

Wie kann die Zukunft der EU aussehen? Welche Wege gibt es aus der Krise? Ist nachhaltiges Wachstum sinnvoll und wann erreichen wir die Grenze des Wachstums? Diese und weitere Fragen wollen wir diskutieren.

**Unsere Gäste sind u.a.:**

- **Thekla Walker**, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
- **Dr. Franziska Brantner**, MdEP, außenpolitische Sprecherin der Fraktion Grüne/EFA im Europäischen Parlament
- **Dr. Gerhard Schick**, MdB, finanzpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion
- **Kerstin Andreae**, MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
- **Joshua Frey**, MdL, europapolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion

**Anmeldung:**

Bitte senden Sie eine kurze Nachricht an Hanna Weil im Europabüro von Heide Rühle per Fax: 07 11-99 35 999 oder per E-mail: [hanna.weil@gruene-bw.de](mailto:hanna.weil@gruene-bw.de)

Weitere Informationen in Kürze auf [www.heide-ruehle.de](http://www.heide-ruehle.de)



**Heide Rühle &**



## KURZ & GRÜN

### Veranstaltungsreihe Grün regiert

Den Auftakt zu unserer Veranstaltungsreihe „Grün regiert“ machte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 14. September in Ulm, nun stehen weitere Termine fest. Am 12. November wird Minister Alexander Bonde in Heilbronn Rede und Antwort stehen, am 29. November folgt Minister Winfried Hermann in Freiburg. Im Januar oder Februar 2013 wird die Reihe mit Minister Franz Untersteller in Tübingen fortgesetzt. Weitere Infos unter:

[www.gruene-bw.de/gruen-regiert](http://www.gruene-bw.de/gruen-regiert)



### Die Landesgeschäftsstelle ist umgezogen

Bei der Landtagswahl haben wir unser Wahlergebnis fast verdoppelt. Mit der Regierungsübernahme sind nicht nur die Ansprüche gewachsen, sondern auch die Landesgeschäftsstelle. Für die neuen Leute und die neuen Anforderungen wurden die Räumlichkeiten in der fast 30 Jahre alten Landesgeschäftsstelle in der Forststraße 93 in Stuttgart zu klein. Wir freuen uns deshalb sehr, dass wir zum 1. September 2012 in neue, zentral gelegene Räumlichkeiten in der Königstraße 78, nahe der Haltestelle Stadtmitte umziehen konnten.

### IMPRESSUM:

#### Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Baden-Württemberg  
Königstraße 78 · 70176 Stuttgart  
Telefon 0711-99 35 90  
Telefax 0711-99 35 999  
landesverband@gruene-bw.de  
[www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de)

#### Redaktion:

Danyal Bayaz, Lorenz Bücklein,  
Julia Ebling, Patrick Klaißer,  
Florian Krebs, Petra Lehner,  
Christina Schindler, Heike Wagner,  
Dirk Werhahn

# Kooperationskultur statt Kooperationsverbot

## Gemeinsam für bessere Bildung und Wissenschaft

**Seit seiner Einführung durch die Große Koalition setzen wir Grüne uns dafür ein, das schädliche Kooperationsverbot im Bildungsbereich abzuschaffen und die Kooperationsmöglichkeiten in der Wissenschaft zu erweitern: mit Anträgen als Bundestagsfraktion seit 2006, in allen Wahlprogrammen bis zum Beschluss des Landesausschusses in Heilbronn im Juni 2012. Stets haben wir eine klare Linie verfolgt.**

Selbst Bundesbildungsministerin Schavan nennt das von Union und SPD eingeführte Kooperationsverbot nun einen „Fehler, den heute nur noch eine Handvoll Politiker wiederholen würden“ (ZEIT 9.12.2009) und gibt zu, sie habe es „für bildungspolitisch unschädlicher gehalten als es sich bisher erwiesen hat“ (Jahrbuch des Föderalismus 2011). Ihr Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes ist aber halbherzig, da er nur die Wissenschaft betrifft. Nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017 können demzufolge neue Kooperationswege von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen möglich sein.

### Grüne fordern Reformkonvent für mehr Bildungsgerechtigkeit

Es greift viel zu kurz, nur in bis zu einem Fünftel der Universitäten bessere Forschungsbedingungen zu schaffen. Eine zukunftsfähige grüne Bildungsrepublik wird nicht von wenigen Exzellenz-Leuchttürmen getragen. Sie braucht herausragende Qualität in jeder Kita, Ganztagschule oder Berufsschule und in jedem Hörsaal. Dazu braucht es eine moderne Ermöglichungsverfassung und eine neue Kooperationskultur für bessere Bildung. Es bedarf jetzt einer gemeinsamen Anstrengung der Grünen in den Ländern

und im Bund, um im Bundesrat und im Bundestag jeweils eine Zweidrittel-Mehrheit für die notwendige Öffnung des Grundgesetzes zu gewinnen. Nur in gesamtstaatlicher Verantwortung lassen sich die großen bildungspolitischen Herausforderungen bewältigen: der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen, welche individuelle Förderung ermöglichen und Schulabbrecherquoten senken; die effizientere und unbürokratische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, die tatsächlich bei den Kindern ankommt; die dringend notwendige bessere Integration und das Recht auf Inklusion in allen Bildungsbereichen sowie mehr Hochschulabschlüsse für junge Erwachsene aus bildungsfernen Familien. Dafür reicht es nicht aus, wenn Bund und Länder sich irgendwann auf eine neue Verteilung der Steuereinnahmen einigen. Bildungsungerechtigkeiten vertragen keinen Aufschub! Nur verbindliche Vereinbarungen von Bund und Ländern können sicherstellen, dass Bundesmittel zusätzlich und ausschließlich für bessere Bildung eingesetzt werden – statt für Haushalts- oder Schlaglöcher.

Nur wenn Bund und Länder diese Maßnahmen kooperativ und zügig auf den Weg bringen, gelingt die Fachkräftesicherung und verbessern sich Bildungschancen. Dazu muss jetzt ein Reformkonvent her, der die Verfassung öffnet und so konkrete Vereinbarungen ermöglicht.



Kai Gehring, MdB ist  
Sprecher für Bildungs-  
und Hochschulpolitik  
der Grünen Bundes-  
tagsfraktion

#### Bilder:

Seite 1: © photocase.com/luxuz:  
Seite 2: © Carola Vahldiek – Fotolia.com  
Seite 3: © Christian Schwier – Fotolia.com  
Seite 4/5: Grund- und Werkrealschule Bad Urach  
Seite 6: Victor S. Brigola  
Seite 7: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

#### Layout&Satz:

gerhard@fontagnier.de

#### Druck:

auf Umweltpapier bei  
Oktoberdruck AG, Berlin  
(Auflage 8.250 Exemplare)